

Ärzte kritisieren Gesundheitsreform

Praxisgebühr und ländliche Versorgung diskutiert

Isny-Neutrauchburg (ml). Bei einer Podiumsdiskussion zu den Auswirkungen der Gesundheitsreform auf den ländlichen Raum in Neutrauchburg bei Isny übten die teilnehmenden Mediziner vor allem Kritik an der Einführung der Praxisgebühr ab 1. Januar 2004. Außerdem sind ihrer Ansicht nach viele Punkte im neuen Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG) noch nicht eindeutig geklärt.

Das „Gesundheitsnetz Allgäu“ – ein Verbund von 80 Ärzten aus dem Altkreis Wangen – informierte unter dem Titel „Nach der Reform ist vor der Reform“ Berufskollegen aus der Region über die Folgen der neuen Gesetzgebung. Dr. Wolfgang Dieing aus Isny, gesundheitspolitischer Sprecher der ÖDP, erklärte, wenn ein verändertes Freizeitverhalten, wie zum Beispiel Inline-Skaten oder Extremsportarten, bestimmte Krankheiten verursache, müsse dies auch in die Berechnung der Leistungen miteinfließen.

Dr. Achim Hoffmann-Goldmayer, zweiter Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Südwürttemberg, kritisierte zum einen die ab 2004 die zu erhebende Praxisgebühr als problematisch. Es werde für Ärzte zukünftig eine so genannte Inkassopflicht geben. Das bedeute, die Mediziner müssen eine Gebühr von 10 Euro pro erstem Arztbesuch im Quartal kassieren. Darüber hinaus hätten die Patienten neben dieser Gebühr noch mit weiteren Zuzahlungen zu rechnen. Nicht verschreibungspflichtige Medikamente sollen von den Krankenkassen nicht mehr erstattet und die Arzneimittelzuzahlung neu geregelt werden. Außerdem sei vieles im Gesetz noch ungeklärt, wie zum Beispiel, ob bei einer Überweisung vom Facharzt zurück an den Hausarzt die Gebühr nochmals erhoben wer-

den müsse. „Man sieht, dass das Gesetz völlig unausgereift ist“, stellte Hoffmann-Goldmayer fest.

„Als Patient wird man sich in Zukunft genau überlegen müssen, welche Maßnahmen von den Krankenkassen noch zu leisten sind“, sagte die Pflegepolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, Petra Selg. Im ländlichen Raum werde zukünftig der so genannten integrierten Versorgung große Bedeutung zukommen, um die ärztliche Präsenz zu gewährleisten. Diese solle die ambulante und stationäre Behandlung in Arztpraxen und Krankenhäusern stärker verknüpfen. Außerdem sollen Gesundheitszentren, in denen sich mehrere Ärzte zusammenschließen, eine wichtige Rolle einnehmen. Dies betonte auch Roger Jäckel, Vorsitzender der Landesvertretung Baden-Württemberg der Vereinigung der Angestellten-Krankenkassen (VdAK).

Zitat

„Die Verunsicherung über die Folgen der Gesundheitsreform ist nicht nur bei den Patienten groß, sondern auch bei der Ärzteschaft.“



Dr. Achim Hoffmann-Goldmayer, Zweiter Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Südwürttemberg

Von den Honoraren der ambulant tätigen Ärzte und von den Krankenhausbudgets könne in Zukunft bis zu ein Prozent von den Kassen einbehalten werden, um diese Projekte zu finanzieren, sagte Jäckel.